



**DSTG Hessen jetzt auf**

Besuchen Sie uns auch auf Facebook und Instagram

**Auf einen Blick:**

## Krieg in der Ukraine – KLIMAPOLITIK – Teuerung – Energiekrise - Existenzängste

**E**ine enorme Herausforderung für unsere Welt, für uns Menschen und folglich für politisch Verantwortliche ist der Klimawandel und seine gravierenden, deutlich zu Tage tretenden, vielfältigen Auswirkungen.

Was erleben wir? Eine sommerlich Dürre- und Hitzewelle, graue Wiesen, absterbende Wälder, Waldbrände, auch bei uns in Hessen. Schwimmbäder müssen und werden frühzeitig geschlossen, Wasser und Trinkwasser stehen nicht mehr überall und im ausreichenden Maß zur Verfügung. Auch über diese Ressource wird heftig gestritten.

Auf der anderen Seite sind auch in Folge des schlimmen Krieges in der Ukraine gravierende Auswirkungen zu erleben. Der Preisanstieg ist in vielen Bereichen des Lebens exorbitant hoch, er ist allenthalben zu spüren, die Preisspirale dreht sich unaufhörlich. Gas, Heizöl, Pellets, Benzin und Diesel und auch Stromkosten, Energieaufwendungen steigen unentwegt an. Die Abhängigkeit von Gas in vielfältigen Wirtschaftsbereichen und bei zahlreichen Produkten bspw. bei der Herstellung von Papier, der Verarbeitung von Milchprodukten oder auch Fleisch- und Wurstwaren etc., führt zu Schwierigkeiten bei vielen Unternehmen, auch schon zu ersten



Firmenpleiten und belasten unsere persönlichen Finanzen ebenfalls ganz erheblich.

**Salopp ausgedrückt das Geld in unseren Portemonnaies wird immer knapper!**

- /// Krieg in der Ukraine – KLIMAPOLITIK – Teuerung – Energiekrise - Existenzängste
- /// DSTG Hessen überstellt ihre Haushaltseingabe 2023/2024 der Landespolitik
- /// Landesvorsitzender folgt Ehrengasteinladung des Steuerberaterverbandes Hessen e.V.
- /// Außerparlamentarische Debatte
- /// Darf es auch ein bisschen mehr sein
- /// Mitglied werden – und zwar jetzt

**Herausgeber:**

**DSTG**  
Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Hessen

Triangulum 1  
Hailerer Straße 16  
63571 Gelnhausen  
Telefon: 06051-5389500  
Telefax: 06051-5389509

[landesverband@dstghessen.de](mailto:landesverband@dstghessen.de)  
[www.dstg-hessen.de](http://www.dstg-hessen.de)

Verantwortlich  
Michael Volz, Vorsitzender

Nachdruck mit Quellenangabe,  
auch auszugsweise, gestattet.

Viele von uns haben -auch ausgehend von den sich selbst überholenden täglichen Nachrichtenlagen- Sorgen, ja Existenzängste, auch inwieweit der Energiebedarf gedeckt werden kann, ob Lieferungen eintreffen, ob unsere Wohnungen im Herbst und Winter warm werden und wir die Summen, die dafür dann gefordert werden, bewältigen können.

Nach der unvorstellbaren Pandemie, die ja auch noch existiert, sind wir in einer weiteren Krise, bei der Menschen ihr Leben verlieren, wiederum andere aufgrund des Krieges vertrieben wurden und um die wir uns in Deutschland und auch in Hessen seit geraumer Zeit kümmern – wo die Not groß ist, ist die Hilfsbereitschaft noch größer.

**Energiesparen** hat die Politik, auch in Hessen, zu einer wichtigen Losung für den Herbst/ Winter 2022 und darüber hinaus erklärt. Der mit allen Ressorts abgestimmte Runderlass iist zwischenzeitlich veröffentlicht und kann im MAP nachgelesen werden. Fragen standen im Raum:

- Wie hoch wird die maximale Zimmertemperatur in unseren Büros, in unseren Ämtern sein?
- Werden wir frieren, werden wir ins Homeoffice geschickt?
- Wird es Behördenschließungen geben oder werden Zimmercluster gebildet und nur noch Teile von Büroetagen bestromt und beheizt?
- Wo haben wir noch Einsparpotenziale?

Hier sind gewiss alle guten Ideen aus der Kollegenschaft gefragt. Wenn Sie welche haben, können Sie diese gerne auch uns kommunizieren, wir werden sie gewiss einspielen.

Und wir alle orientieren uns im privaten Bereich auch gewiss an diesen, die Zeit uns lehrenden, Geboten. Zumal es uns, wie erwähnt, permanent suggeriert wird, die Initiativen bezüglich der Gas- und Energieversorgung von Mitgliedern der Bundesregierung medial erkennbar sind. Wer hätte angenommen, dass ein grüner Bundesminister ernsthaft über eine begrenzte Verlängerung von Atomkraftwerken sinniert und somit die Bestromung von Wirtschaft und privaten Haushalten sicherstellen möchte.

Natürlich kann und darf das nicht dazu führen, dass die Dynamik in der Energiewende zum Erliegen kommt. Immerhin sind nach einer KfW-Umfrage 89 % der Befragten für einen Energie-Umbau und 68 % befürchten eine Beeinträchtigung infolge der globalen Erderwärmung. Insoweit ist es wichtig in Hessen, Deutschland und der Welt umzudenken, gute Konzepte anzulegen und die erforderlichen finanziellen Mittel für eine Veränderung in der zielorientierten Klimapolitik bereitzustellen. Denn einhergehend ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger Vorbehalte haben, ob Politik bei der Energiewende einen fairen und sozialen Ausgleich erreichen kann. Ja und das wird auch für uns die Gretchenfrage sein, denn auch viele von uns wollen weg von fossilen und hin zu erneuerbaren Energieträgern, aber auch für die schmalen Konten der Finanzbeschäftigten müssen diese kostenintensiven Entscheidungen noch bezahlbar sein.

Und am langen Ende ist es gleich, ob ich als Nutzer meines eigenen Hauses, meiner Eigentumswohnung oder auch als Mieter die Kosten des Energieumstieges tragen muss. Eine Photovoltaikanlage, ein Batteriespeicher, eine Wärmepumpe, eine Solarthermie, eine Kraft-Wärme-

Koppelung, Holz-Pellets-Heizungen und auch E-Ladestationen gibt es nicht zum Nulltarif und wenn ich sie verbauen lassen möchte, wissen wir, dass sie derzeit auch nicht in wenigen Tagen verfügbar sind.

### Finanziell Schwächere nicht zurücklassen

Was wollen wir damit beschreiben? Schlicht: Die Energiewende ist ökologisch allemal alternativfrei und ökonomisch ist Politik gefordert auch die Schwächeren und den bürgerliche Mittelstand bei diesen finanziellen Fragestellungen nicht zurück zu lassen.

Angst ist in allen Lebenslagen ein schlechter Ratgeber, Realismus ist von daher immer und stets gefragt. Insofern wollen wir als die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung ganz bewusst die Befindlichkeiten und die Erwartungshaltung unserer Mitglieder und der Beschäftigten aufgreifen. Gespräche führen, die Fragen und Nöte der Menschen hören und ernst nehmen, diese dann kanalisieren und Lösungsansätze entwickeln und die verantwortungsvollen sowie verantwortlichen Gesprächspartner und Entscheider mit diesen befassen.

Denn nur wenn sich die Klimapolitik ändert und uns die Energiewende gelingt, werden wir künftigen Generationen eine lebenswerte Chance zum Leben bieten. Kurz gesagt: Das konsequente und nachhaltige Umsteuern von einer fossilen zu einer regenerative Energie ist zukunftsweisende Klimapolitik. Diese Notwendigkeit wird uns auch in Hessen, wie ausgeführt, unmittelbar vor Augen geführt.

**In diesem Gesamtzusammenhang betrachtet, wollen wir Erwartungen unserer Mitglieder, die uns in den letzten Tagen erreicht haben, nachfolgend aufrufen:**

### Entlastungspaket 1, 2, 3 fff.

**Gesendet:** Montag, 5. September 2022 13:28

**An:** Landesverband Hessen <[Landesverband@dstghessen.de](mailto:Landesverband@dstghessen.de)>

**Betreff:** Energiepauschale für Pensionäre

*Wird die Energiepauschale nur an Rentner ausgezahlt ? Was unternimmt die dstg um die Pauschale auch für Pensionäre durchzusetzen ?*

LG

In dem „neuen“ Paket, das die Bundesregierung vorgesehen hat, ist auch eine Entlastung der Rentner vorgesehen. Sie sollen zum 1. Dezember 2022 einen Energiekostenzuschuss von 300 Euro erhalten. Gleiches gilt für die Versorgungsempfänger des Bundes. Für die kündigte der Bund an, ebenfalls 300 Euro Zuschuss zu zahlen.



Die **Versorgungsempfänger** des Landes Hessen würden bei der derzeitigen Konstellation, bei den derzeitigen Zuständigkeiten wieder leer ausgehen. Das darf und kann nicht sein – das wäre unsozial und ungerecht. Insofern regt der Hessische Finanzer an, dass die Hessische Landesregierung eine entsprechende Regelung herbeiführt und ihre Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger finanziell gleichstellt (!). Denn sie zahlen die identischen Preise wie alle anderen Bezieher des Energiekostenzuschusses.

### Anhebung der Wegstreckenentschädigung - Reisekostenerstattung

Gesendet: Donnerstag, 1. September 2022 10:31

An: Landesverband Hessen <[Landesverband@dstghessen.de](mailto:Landesverband@dstghessen.de)>

Betreff: Reisekostenerstattung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem an den Tankstellen pünktlich um Mitternacht die Preise mit Wegfall des sog. Tankrabatts erhöht wurden, werden wieder für alle Bediensteten, die ihren privaten PKW für den Außendienst nutzen müssen, die anfallenden Dienstreisen zu einem Zuzahlungsgeschäft. Die derzeit geltende Erstattungspauschale von 0,35 €/km deckt nun bei Weitem nicht mehr die anfallenden Kosten. Leider lässt sich im Außendienst nicht immer das Landesticket nutzen - zum einen muss oft viel Gepäck mitgenommen werden und zum anderen sind die Orte oft nicht gut mit dem ÖPNV erreichbar, sodass die Nutzung des Autos unumgänglich ist. Die Bundesregierung lehnt eine Fortführung des Tankrabatts ab. Langfristig wird ein Benzinpreinsniveau von 2,20 €/l prognostiziert, vgl. Berichterstattung Tagesschau und andere Medien, sodass ein Absinken des Benzinpreises auf langfristige Sicht unwahrscheinlich erscheint und damit Handlungsbedarf besteht.



Der Finanzverwaltung geht schon mehr als genug gut ausgebildetes Personal an die freie Wirtschaft verloren. Dieser Zustand sollte durch schlechte Rahmenbedingungen wie beispielsweise auch fehlenden Diensthandys für den Außendienst in der Betriebsprüfung nicht noch weiter verstärkt werden.

Daher möchte ich Sie auf dieses Thema aufmerksam machen und Sie bitten, sich bei den vorgesetzten Behörden für eine Erhöhung der Reisekostenerstattung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Diesem Ansinnen ist an und für sich nichts mehr hinzuzufügen und selbsterklärend. Die PKW Kosten (Kauf, Leasing, Wartung, Versicherung, Bereifung, Reparaturkosten und Betankung etc.) haben sich exponentiell entwickelt und mit 0,30 € oder 0,35 € je Kilometer kommt kein Arbeitnehmer, kein Außendienstler, der seinen PKW nutzen muss, mehr hin. In einem Flächenland wie Hessen mit weiten Fahrtwegen zwischen Wohnung und Arbeits- oder Dienstreiseort hilft der Verweis auf die öffentlichen Verkehrsmittel nur bedingt weiter. Zahlreiche Menschen sind gerade auch im ländlichen Raum auf den PKW angewiesen.

Insofern sprechen wir uns klar für eine **Anhebung der Wegstreckenentschädigung aus**, die den aktuellen und zurückliegenden preislichen Entwicklungen Rechnung trägt. Entsprechende ADAC-Tabellen können Aufschluss geben, wie hoch die finanziellen Belastungen tatsächlich sind.

Da führt auch ein Vortrag „macht weniger Dienstreisen im Außendienst, wir sind doch CO 2 bewusste Verwaltung“ nicht weiter. Denn die Vorort-Prüfungen führen zu den realitätsnahesten Ergebnissen. Gewisse Tätigkeiten können eben nicht mit dem „Fernglas“ bewältigt werden.

Darüber hinaus fordern wir, dass auch die **steuerlichen Beträge** (für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und für Dienstreisen) eine zeitgemäße Anhebung erfahren müssen.

### **Gehälter, Besoldung, Versorgung müssen sich an Teuerungsrate orientieren**

Die Gesamthematik führt auch bei den Bürgerinnen und Bürger sowie bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu Sorgen und Nöten, mit den ökologischen gehen auch, wie bereits ausgeführt, die ökonomischen einher. Die Lohn- und Einkommenssteigerungen auch die im öffentlichen Dienst in Hessen können die Teuerungsrate nicht ausgleichen. Das schlimme Wort der Rezession fällt immer häufiger, auch wir Beschäftigte der Hessischen Steuer- und Finanzverwaltung sehen und fühlen, können dies auch rechnerisch belegen.

Wenn die Preise in allen Bereichen des täglichen Lebens steigen, die Löhne und Gehälter nicht im gleichen Zug mitsteigen, führt das zu Verlust von Kaufkraft. DIW Chef Marcel Fratscher, spricht dieser Tage deutlich von **Inflation, von Rezession**, von mindestens zwei schweren Jahren -2023 und 2024-, von Konsumzurückhaltung. Auch das DIW fordert Entlastungen. Schlagworte wie Gaspreisbremse, Energiepreisdeckel und Inflationsprämie machen die Runde und stehen für finanzielle Entspannung. Es gilt also die **sozialen Folgen** der Gas-, Energie- und Mobilitätskrise abzufedern, damit Extreme keinen politischen Profit hieraus ziehen können. Der Kitt in der Gesellschaft muss erhalten bleiben, insofern begrüßen wir Vorstöße aus der Politik, die auf Entspannung ausgerichtet sind, wie einen **hessischen Sozialgipfel**, der Antworten liefern soll oder auch eine Übergewinnbesteuerung. Inwieweit letzteres dann rechtlich umsetzbar ist, steht auf einem anderen Blatt. In jedem Fall sollten natürlich auch die Profiteure, Firmen, die aus dieser Krise ganz massiv einen finanziellen Nutzen ziehen, beteiligt werden. Insbesondere gerade dann, wenn sie zuvor noch staatlich subventioniert wurden.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch ausdrücklich und eindringlich darauf hin, dass die Beschäftigten sukzessive wieder in die Lage versetzt werden müssen, ihren Lebensunterhalt über ihre regulären Einkommen zu bestreiten. Eine Bezahlungspolitik von Einmaleffekten führt weder im Bund noch im Land nach vorne. **Wir brauchen auch bei uns kräftige Einkommenssteigerungen**, die tabellenwirksam, dynamisierend und renten- sowie versorgungswirksam sind und die sich an den allgemeinen Kostensteigerungen orientieren.

### Sozialer und wirtschaftlicher Auftrag

Und warum schreiben wir das? Erstens: Den **Inflationsbonus** in Höhe von 3.000 € muss es für alle unsere Mitglieder -gleich in welchem Verhältnis sie sich zum Land Hessen befinden- geben. Alle Bürgerinnen und Bürger sind von der Inflation betroffen, ohne Ausnahme.

Zweitens: Klar, weil uns diese existenziellen Ängste, Sorgen, Anliegen vielfach geschildert werden, wir sie alle erleben, wir sie für vertretungswürdig halten und sie unserer satzungsmäßigen Auftragslage entsprechen. Wie heißt es in unserer Satzung: „Zweck der DSTG ist es, die berufsbedingten politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder im Sinne des § 1 wahrzunehmen..... und zu vertreten“.

Deutlich festhalten möchten wir, dass:

- Wir unsere Positionen und Forderungen klar artikulieren möchten
- Wir auch sehen, dass der Themenkreis und die Problemstellungen äußerst vielschichtig und schwierig sind
- Wir die Gesamtproblematik sehen und auf keinem Auge blind bleiben
- Die Politik uns als Gewerkschaft an ihrer Seite hat, wenn wir eingebunden sind und unsere Vorschläge einbringen können, sowie diese ernsthaft behandelt werden
- Uns an unserem Land, an unserer Gesellschaft, an unserer Demokratie, an unserer Wertegemeinschaft ganz viel liegt

Wir, die DSTG Hessen, haben Basisbezug, sind im Dialog mit unseren Kolleginnen und Kollegen, sehen die Gesamtzusammenhänge und werden auch in der Energiekrise sowie im Sinne der Energiewende uns mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen einbringen.

Wir sind und bleiben die offene, kreative, unbestechliche Konstruktiv-Gewerkschaft und wir werden unsere Mitgliederpositionen platzieren.

**Wir wollen mitanpacken und helfen!**



## DSTG Hessen überstellt ihre Haushaltseingabe 2023/2024 der Landespolitik

Mit Schreiben vom 24. August 2022 haben wir unsere umfassende Eingabe zum Doppelhaushalt, die aufgestellt wird, an verantwortliche Landespolitiker adressiert. Das Gesamtwerk, das unsere Positionen und Forderungen exemplarisch abbildet, wurde ebenfalls an die Gremien der DSTG Hessen übermittelt.



### EINGABE ZUM HAUSHALT 2023 und 2024 DES LANDES HESSEN

Anmerkungen und Anregungen zum  
Haushaltsaufstellungsverfahren

**HAUSHALTSEINGABE  
2023/2024**

De...  
erke...  
Hessen  
Hailerer Str. 16  
63571 Gelnhausen

## 75 Jahre Steuerberaterverband Hessen e.V.

*Volz vertritt Steuergewerkschaft*

Obleich unterschiedlicher Aufgabenstellung sind Schnittmengen gegeben und Problemstellungen für Beraterschaft und Beschäftigte der Finanzverwaltung doch sehr ähnlich: Grundsteuerreform, Corona-Hilfen, herkömmliche Arbeiten, permanente gesetzliche Anpassungen, Fachkräftemangel und Arbeitsbelastung sind einige Schlagworte.

Der Steuerberaterverband Hessen e.V. wurde 75 Jahre alt und Landesvorsitzender Michael Volz folgte der Ehrengasteinladung nach Frankfurt am Main und übermittelte die Glückwünsche dem hessischen Verbandspräsidenten Burkhard Köhler und seinem Vorstandsteam.



„Trotz divergierender Ausgangslagen - Erstellung durch die steuerberatenden Berufe für ihre Mandanten und Prüfung der Steuerpflichtigen durch die Beschäftigten der Steuerverwaltung - haben Steuerberaterverband und Steuergewerkschaft aufgrund Kommunikation einen Weg gefunden, die übergreifenden Themen, etwa bei gesetzlichen Vorhaben der Politik oder auch in Fragen von Abgabefristen, professionell fortzuverfolgen.“

## Außerparlamentarische Debatte mit Herrn Prof. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D.

Die Fraktionsvorsitzende Ines Claus (CDU) begrüßte die vielen Gäste im vollen Foyersaal des Hessischen Landtags zur ersten „großen Debatte“ seit Beginn der Pandemie. Der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen Bernhard Vogel (CDU) konnte mit seinen 89 Jahren die Anwesenden mit seinem Impuls und auch in der Debatte mit Frau Claus und dem Plenum begeistern.

Neben den bewegenden Geschehnissen und den Entwicklungen um die Deutsche Einheit spielte auch das Thema Demokratie eine entscheidende Rolle bei den Fragestellungen.

Der Ehrengast machte Mut und appellierte vor dem bevorstehenden Winter mit seinen Herausforderungen, diese anzunehmen. Seine Generation habe Großes geleistet und auch die nachfolgenden Generationen würden gewiss gute Lösungen finden.





Dabei müsse die Demokratie jeden Tag bewahrt und verteidigt werden, Demokratie braucht Demokraten - man sehe, wie geräuschlos der Regierungswechsel in Berlin von statten gegangen sei, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder etwa auch in England, die sich schwerer täten.

Als Demokrat solle man sich informieren, eine Meinung bilden und Meinungs austausch mit anderen Menschen betreiben, um seine Meinung und die der anderen zu prüfen. Er plädierte auch dafür, dass wir Demokratie lernen und lehren sollten.

Ein erstklassiges Format für die außerparlamentarische Debattenkultur, bei dem im Anschluss auch noch die

Gelegenheit für den Landesvorsitzenden Michael Volz bestand, weitere Themen anzusprechen.



## **EBike – JobBike wird gewünscht – Vorteilswelt die kleine Alternativ**

Radfahren ist gut für Umwelt, Klima und die körperliche Fitness. Immer Mal wird aus diesen Gründen das Jobbike von Mitglieder aufgerufen. Dieses gibt es zum Teil schon in anderen Landesverwaltungen. Und auch wir sprechen uns für eine Schaffung -außerhalb des Tarifvertrages- aus. So gibt es bereits das Angebot, dass Landesbeamtinnen und -beamten sowie Richterinnen und Richter im Rahmen mit einer Entgeltumwandlung eines Teils ihres Bruttogehalts ein Fahrrad oder Pedelec zu attraktiven Konditionen für 36 Monate zur Nutzung überlassen bekommen können.

Bis das erreicht und geschaffen ist, müssen wir alle Mitglieder auf die dbb Vorteilswelt verträsten, wo es auch günstige Lösungen geben soll.

## Darf es auch ein bißchen mehr sein..... und es war sogar mehr!!!!

Wir hatten in unserem letzten Finanzer 6/2022 vom 17.08.2022 im Rahmen des Themas „Außendienste sollen gestärkt bleiben“, berichtet, dass es zu einer Neuverteilung herausgehobener Wertigkeiten für den gehobenen Dienst für die Betriebsprüfung, die Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie die Steuerfahndung gekommen ist.

Bei der Berechnung wollten wir nichts unterschlagen und stellen die absoluten Plus-Zahlen vor:

Arbeitsbereich	BP	Steufa	BuStra
A 13	25	6	-
A 12	29	12	6
A 11	4	29	-

Diese Neuverteilung ist, wie bereits erwähnt, aufgrund demografischer Entwicklung befristet bis Ende 2026 / Anfang 2027. Gleichwohl hilft diese Erweiterung der Dienstpostenwertigkeiten, da sie frühere Übertragungen von DP und in deren Folgen Beförderungen möglich machen.

**Wir sehen uns dabei, wie gesagt, in unserer Forderungspolitik bestätigt!**

Wir gratulieren allen **723**  
Beamtinnen und Beamten zur  
anstehenden Beförderung!



100% Beförderungen in den Finanzämtern  
zum 01.10.2022 - TOP!

Mitglied werden! [www.dstg-hessen.de](http://www.dstg-hessen.de)  
DSTG - Die Erfolgsgewerkschaft!

K 43 (9/2022)



# DSTG HESSEN



**D**ENN  
**ST**ARK SIND  
WIR NUR  
**G**EMEINSAM

## Mitglied werden, und zwar jetzt



Mitglieder werben Kolleginnen und Kollegen!

Sie gehören zu den überzeugten Mitgliedern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft!

Dann überzeugen Sie doch auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von einer Mitgliedschaft in der DSTG Hessen, der großen Solidargemeinschaft und Fachgewerkschaft

**Werben Sie Mitglieder  
für uns, die FINANZER!**

Empfehlen Sie uns – wir bedanken uns dafür bei Ihnen und überweisen Ihnen

**15 Euro**

auf Ihr Konto.

So einfach geht's: Füllen Sie gemeinsam mit Ihrem „Bestandsbeschäftigten“ die Beitrittserklärung aus und geben Sie diese bei Ihrem Ortsverband ab. Die Beitrittserklärung finden sie übrigens auf unserer Homepage <http://dstg-hessen.de>. Ihr Ortsverband leitet die Beitrittserklärung dann für Sie weiter und Sie erhalten dann die 15 Euro auf Ihr Konto überwiesen.

Diese Aktion gilt ab dem 01.12.2016, davon ausgenommen sind die jeweils aktuellen Anwärterinnen und Anwärter.